

Gertraude Sinn

Vorstandsmitglied der MSK und GÖD

Interview, 1. Halbjahr 1991

G.S.: Ich habe in der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung angefangen und dann bin ich in einen Bezirksvorstand des FDGB gewählt worden. Jetzt ging es Schritt auf Schritt: Zentralschule, Studium an der Hochschule, dann war ich Jugendsekretär, befasst mit Jugend- und Sportfragen und 1981 wurde ich delegiert oder abkommandiert, je nachdem wie man das werten will, in die damalige Gewerkschaft Mitarbeiter der Staatsorgane und Kommunalwirtschaft. Damals habe ich auf dem Gebiet der Sozialpolitik gearbeitet. Das umfasste Fragen der Arbeitsbedingungen, des Gesundheits- und Arbeitsschutzes, zeitweise auch des Arbeitsrechts. Das habe ich gemacht bis im Herbst 1989, dann gab es eine Veränderung in der Struktur der Gewerkschaft und es gab neue Aufgabengebiete. Ich habe mich kurze Zeit befasst mit Fragen der Wohnungspolitik, der Wohnungswirtschaft und der Sozialpolitik und war ab Januar 1990 für Mitbestimmung zuständig. Seit der Delegiertenkonferenz im Juni 1990 war ich stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, weil der Vorsitzende ja ehrenamtlich tätig war.

M.S.: Der Vorsitzende einer Einzelgewerkschaft im FDGB war ehrenamtlich?

G.S.: Nein, das war eine Erfindung von uns. Es gab eine Zeit lang auch Einzelgewerkschaften im FDGB, die ehrenamtliche Vorsitzende hatten. Das war ein Zugeständnis des FDGB an die Spezifik bestimmter Gewerkschaften. Das war aber bei uns nicht der Fall, das war bei Gesundheitswesen oder Wissenschaft.

M.S.: Du warst für Wohnungswirtschaft tätig. Was heißt das?

G.S.: Eine kurze Zeit, 1989 und Anfang 1990. Das hing damit zusammen, dass wir uns bemüht haben, die Gewerkschaftsarbeit umzustellen auf die Spezifik der einzelnen Bereiche, die in unserer Gewerkschaft organisiert waren. Das muss ich vielleicht anders erklären. Bis etwa Mitte der siebziger Jahre waren die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften so strukturiert, wie ihre Organisationsbereiche waren. Dann gab es einen Grundsatzbeschluss des FDGB: alle Einzelgewerkschaften mussten nach dem gleichen Muster organisiert sein wie die territorialen Vorstände. Da wurde abgeschafft, dass es z.B. eine Kommission gab für den Staatsdienst, eine Kommission für die Stadtwirtschaft, eine Kommission für Wohnungswirtschaft/Wohnungsverwaltung. Das wurde alles abgeschafft und einheitlich organisiert. Das hat nach meiner Auffassung die Mitglieder nicht befriedigt. Es gab ein Querschnittsdenken und es gab Querschnittsentscheidungen. Man ging einfach nicht mehr auf die Probleme ein, die die Mitglieder im Bereich wirklich hatten. Das war eine der wesentlichsten Aufgaben in der Wende, das wieder umzuorganisieren, umzustrukturieren. Es war mehr oder weniger ein Kompromiss zu dieser Zeit, dass wir gesagt haben, jeder Sekretär oder jedes Vorstandsmitglied, das einen Fachbereich leitet, wie bei mir Sozialpolitik, muss gleichzeitig zuständig sein für einen Organisationsbereich. Deshalb habe ich mich mit Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft befasst. Aber der Einfluss auf dem Gebiet war wesentlich geringer als wir uns damals erhofft haben.

M.S.: Seit wann warst du Mitglied des Zentralvorstandes der MSK?

G.S.: Seit 1981.